

Sitzung des Rates der Stadt Leverkusen am 7. November 2016

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

gestatten Sie mir vor Eintritt in die heutige Beratung des Themenkomplexes „Autobahn“ folgende Ausführungen:

Die Autobahnen rund um Leverkusen sind geprägt durch eine abgängige Infrastruktur. Das hat den Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen (Straßen.NRW) im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums zu einer dreigeteilten Neuplanung veranlasst. Die Stadt Leverkusen ist also, obwohl es sich um das Stadtgebiet handelt, weder Bauherr noch Veranlasser oder gar Genehmigungsbehörde.

Für den Abschnitt 1 – nämlich den Ausbau der Bundesautobahn A 1 zwischen der Anschlussstelle Köln-Niehl und dem Autobahnkreuz Leverkusen-West einschließlich Neubau der Rheinbrücke Leverkusen – läuft das Planfeststellungsverfahren bei der Bezirksregierung Köln. Die Planunterlagen sehen den Abriß der heutigen Autobahnbrücke und Neubau einer Doppelbrücke über den Rhein vor und haben keinen Zweifel daran gelassen, dass dafür ein Eingriff in die Altablagerung Dhünnaue erforderlich ist.

Die Stadt Leverkusen hat sich innerhalb der Einwendungsfrist zu den Ausbauplanungen geäußert. Am 18. Januar 2016 hat der Stadtrat die Stellungnahme zum Planfeststellungsverfahren beschlossen. Die geplante Doppelbrücke samt notwendiger Eingriffe in die Deponie ist dabei nicht abgelehnt worden. Allerdings wurden zahlreiche Bedenken, Anregungen und Hinweise aus den Bereichen Finanzen, Umwelt, Straßenverkehr, Stadtplanung, Tiefbau und Stadtgrün vorgetragen.

Nachdem diverse Änderungsanträge aus den Reihen des Rates abgestimmt waren, haben Sie dieser Stellungnahme **einstimmig** – die Fraktion Bürgerliste mit einer inhaltlichen Einschränkung – zugestimmt.

Lange zuvor, bereits in der Amtszeit meines Vorgängers, hat der Rat zu verschiedensten Anlässen den Neubau der Leverkusener Rheinbrücke nicht in Frage gestellt, sich allerdings im weiteren Verlauf der A 1 Richtung Autobahnkreuz Leverkusen für eine Neubaulösung „Tunnel statt Stelze“ ausgesprochen.

Ich sage Ihnen das, weil ich nicht nur als Oberbürgermeister kraft Gesetzes verpflichtet bin, Beschlüsse des Rates auszuführen, sondern persönlich auch zu dieser Entscheidung stehe.

Bei allen sich bietenden Gelegenheiten vertrete ich diese Lösung nach außen und sensibilisiere die Entscheider. Ich wünsche mir, dass Sie alle Ihre Netzwerke in Richtung Bund und Land, wo immer sich die Gelegenheit ergibt, nutzen, diese Beschlüsse offensiv zu vertreten.

Gleichwohl nehme ich die Sorgen der Leverkusener Bürgerinnen insbesondere zum Eingriff in die Altdeponie Dhünnaue wahr und ernst.

Am vergangenen Donnerstag hat sich der Verkehrsausschuss des Landtags mit (Zitat) „möglichen Risiken im Zuge des Neubaus der Leverkusener Autobahnbrücke A1“ befasst. Der Berichterstattung zufolge, ich zitiere aus den WDR-Nachrichten im Internet, „haben Experten den Abgeordneten die technischen Details des Projektes erläutert. Die Parlamentarier, auch die der Opposition, zeigten sich zufrieden. Ministerium und Straßen.NRW sagten zu, Bevölkerung und Öffentlichkeit laufend über aktuellen Stand des Neubaus zu informieren“.

Sie haben vielleicht in der Zeitung gelesen, dass kritisiert wurde, von der Stadtverwaltung sei niemand in der Sitzung des Verkehrsausschusses gewesen. Das stimmt – und vielleicht wäre es aufgrund der aktuellen Diskussionen hier vor Ort sinnvoll gewesen, sich diesen Vortrag noch einmal anzuhören. Ich darf allerdings daran erinnern, dass die damit befassten Mitarbeiter der zuständigen Fachbereiche diese technischen Details bereits kennen. Übrigens genauso wie der städtische Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Planen, der durch die Herren Raithel und Sieberth von Strassen NRW sowie Frau Dr. Obernosterer vom Geotechnischen Büro Dr. Düllmann, bereits am 11. April 2016 über die geplante Herangehensweise informiert worden ist.

Die Parlamentarier aber sind das eine, die Sorgen unserer Bürgerinnen und Bürger das andere. Auch sie müssen in direkter Kommunikation von Strassen NRW gehört und ernst genommen werden.

Deshalb werde ich Straßen NRW bitten, den Vortrag auch hier vor Ort als Bürgerinformation mit dem Schwerpunkt „Eingriff in die Deponie“ schnellstmöglich zu halten. Denn die 166.000 Leverkusenerinnen und Leverkusener müssen direkt und detailliert vom Vorhabenträger informiert werden. Sie haben zum Teil in den 80er und 90er Jahren die aufwändige Abdichtung und den langen Prozess dahin miterlebt. Ihnen geht das Thema nahe. Größtmögliche Transparenz, bestmögliche Kommunikation und bestmögliche Lösungen sind deshalb keine unverhältnismäßige, sondern eine berechnigte Forderung.

Die Stadtverwaltung wird mit gutem Beispiel vorgehen und **alle Entscheidungen**, die von der Stadt im Zusammenhang mit dem Autobahnum- und -ausbau verlangt werden, dem Rat vorlegen. Deshalb informiere ich Sie heute auch frühzeitig über den Sachstand zu zwei öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen, die mit Straßen.NRW über Baumaßnahmen im Bereich der Deponie verhandelt werden sollen. Wir befinden uns also noch im Vorfeld von Verhandlungen mit Strassen NRW und haben unsere Verhandlungsposition definiert. Selbstverständlich werde ich Ihnen die ausverhandelten Verträge mit allen Unterlagen vor Unterzeichnung zur Beschlussfassung erneut vorlegen.

Und ich bitte Sie heute erneut – wie bereits vor zwei Wochen umfassend schriftlich mitgeteilt – davon Kenntnis zu nehmen, dass die Stadt Leverkusen **im Zusammenhang mit dem Autobahnausbau keine Grundstücke veräußert** hat. Auf der Basis eines bereits 2009 vom Rat beschlossenen Grundstücksgeschäfts sind 2013 lediglich Eigentumsverhältnisse auf dem Neuland-Park neu geordnet worden. Und 2016 hat eine Grundbuchkorrektur nach dem Bundesfernstraßengesetz ohne Zutun der Stadtverwaltung stattgefunden.

Meine Damen und Herren,

Was wir für diese Baumaßnahmen benötigen – Baumaßnahmen, die das Stadtgebiet und die Menschen in Leverkusen in ihrer Mobilität mehr als ein Jahrzehnt auf eine erhebliche Belastungsprobe stellen werden –, sind belastbare Fakten, eine konstruktive Diskussion, transparente Informationen, eine kritische Würdigung aller Schwierigkeiten und Gefahren und bestmögliche Lösungen. Was wir bei allen unterschiedlichen und mit Leidenschaft vertretenen Positionen jedoch nicht brauchen sind Gerüchte, Unterstellungen, wahltaktische Spielereien oder gar Panikmache.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.